

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: B 1
Verolina 5481. Geschäftsjahr des Verlages von 10 Uhr bis 17 Uhr.

Juristische Sprechstunde: Dienstag u. Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Wart entgangen. Transport
in Berlin und Ostern mit eigener Aufstellung. — Vorauszahlbar.
Bahnverzug nach Bielefeld 2.50 Mark; Streitland im Inland sowie nach
Deutschland, Elsass, Luxemburg, Sachsen, Westfalen und Saargebiet 4.50 Mark.
anderer Länder 4.00 Mark.

Tel. Adresse: Rosenthal Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin. Dep.-Kasse Sozial-Aktion-Bl. Vereinigte Zeitungsvorlage, G. m. b. H.

Postcheckkonto Berlin N 27970

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anmeldeort: Die 125 Betriebe in Reinhardtstraße 70-81. Arbeiterschafts-
organisationen und Komitees aus verschiedenen Teilen des Landes.
Kleinsten Sparten: Wart 18 Bl. Oberhafenstrasse 25 Bl. der
Fahrradfabrik 50 Bl. Arbeitsmarkt: Wart 6-14
Anmeldenahmestelle: Gewerkschaft 12. Tel. (P 61) Fernniveau 2879, 4404.

Rote Wahlauschüsse im ganzen Reich!

Das Ruhrgebiet an der Spitze — Roter Durchbruch in Oberschlesien — Betriebsrätewahlen im Zeichen der Gewinnung der entscheidenden Arbeiterschichten für die proletarische Revolution

Der 6. März, ein Tag der Einheitsfront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen

Im Kampf für die Herausbildung einer revolutionären Führung der Wirtschaftskämpfe, für rote Betriebsräte, schafft sich das deutsche Proletariat in den Betrieben und auf den Baustellen, in den Bergwerken und auf den Werken revolutionäre Einheitsorgane, rote Wahlauschüsse. Rote Wahlauschüsse, die die gesamten Belegschaften umfassen, in denen erwachsene und jugendliche, männliche und weibliche Arbeiter, Organisierte und Unorganisierte ihre Vertreter haben. Ihre Ausgabe ist die Mobilisierung der Kollegen für die Platzform der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen, für die Durchführung der Wahlen, die Organisation des Schutzes der roten Kandidaten, die Leitung der revolutionären Aktionen der Belegschaften.

Au der Spitze marschiert das rote Ruhrgebiet, das industrielle Herz Deutschlands. Der Ruhrkampf der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der einer der besten Oppositionslongewege war, hat die Arbeiter in den Bergwerken, in den Häfen, an den Hochöfen, in jedem Bergarbeitendorf zum Kampf aufgerufen. Die Reihe der Führer des deutschen Proletariats, der Genossen Ernst Thälmann, Hannemann und Münnich wurde durch das Ruhrgebiet, wo sie von dem Ruhrproletariat begeistert empfangen wurden, hat ihren tiefen Eindruck nicht verschüttet.

So marschiert das rote Ruhrgebiet auch in der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen unaufhaltsam vorwärts. Im Ruhrgebiet wurden rote Wahlauschüsse auf folgenden Schächten gebildet: Schacht Königgrube, auf der Zeche Minister Stein, auf der Zeche Hardenberg, dem Werk Thissen III/VII, den Schächten Ahrendtsberg, Augusta Victoria, auf den Zechen Neumühle, Borden, Ratzeburg, Stützlin III/IV, Wilhelm II/III, auf der Schachtanlage Emshör-Werne III/IV, auf den Zechen Plata-Wilhelm, Friedrich Heinrich, Thissen IV/VIII, Osterfeld, Grug Alten-Essen und auf der Metallhütte Westag.

Auch an der anderen Ecke Deutschlands, in Oberschlesien, wo gleichfalls Bergwerke und Metallhütten zusammengebaut sind, stellt sich die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft hinter die kommunistische Partei, hinter die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Hier vollzieht sich ein roter Durchbruch. Auf neun der größten Schachtanlagen — insgesamt gibt es in Oberschlesien 15 Schachtanlagen — wurden schon rote Betriebsrätelisten in großen Belegschaftsversammlungen aufgestellt. Die Schachtanlagen Garßen-Zentrum, Beuthen, Heinrich-Beuthen, Königin Luise (Brenzau), Hindenburg, Hedwig-Wunsiedel-Borsigwerk, Guido-Dellbrück (Brenzau)-Hindenburg, Breitenhagen-Mitsowith, Concordia-Hindenburg, Essnitz-Grube-Gleiwitz, Castellengo-Grube-Borsigwerk haben sich in Versammlungen, die eine Belegschaftszahl von 500 bis über 2000 Protesten aufzuweisen, einmütig für die Forderungen der Gewerkschaftsopposition ausgesprochen und rote Listen aufgestellt. Die Sozialfaschisten mussten die Belegschaftsversammlungen, selbst wenn sie die Kinderfeuer waren, fluchtartig verlassen.

Die Aufstellung der roten Listen erfolgt in Versammlungen, wobei jeder einzelne Kandidat zur Abstimmung gestellt wird. Die Versammlungen wurden gefragt, ob gegen den einzelnen Kandidaten wegen seiner Tätigkeit im Betrieb irgendwelche Verdienste bestehen. Demgegenüber stellen die Sozialfaschisten ihre Kandidaten in einigen Konventen von 30 bis 40 Bevölkerung auf.

Selbst die vom obersten Beamten Gottes, vom Papst, eingeleitete Kampagne gegen die Sowjetunion erzielt unter den christlichen Bergleuten keine Vorbeeren. Immer mehr erkennen die christlichen Arbeiter ihre Klassenlage und stellen sich hinter die Forderungen der Gewerkschaftsopposition.

Wie im Ruhrgebiet und Oberschlesien, so röhrt es sich auch in Mitteldeutschland, wo das Ruhrgebiet an der Spitze marschiert. Im Leunawerk wurde ein Wahlauschuss gebildet, auch die Betriebe Anilin, Wolfson, die Gothaer Waggonfabrik, die halleschen Röhrenwerke wählten Ausschüsse.

Au der Wallstraße wurden bei Blohm & Voss und den übrigen großen Werken, in Remscheid und Solingen in der Stahlindustrie Wahlauschüsse gebildet.

Zu Berlin wurden bisher rote Wahlauschüsse in über 25 Großbetrieben gewählt. Die klassenbewußten Arbeiter müssen ihre Anstrengungen verzehnfachen, damit es in Berlin keinen

Betrieb gibt ohne roten Wahlauschuss, damit es in Berlin keinen Wahlauschuss gibt, hinter dem nicht die Mehrheit der Kollegenschaft steht.

Die roten Wahlauschüsse werden ihre Ausgaben nur durchführen können, wenn sie die Belegschaft mit den erwerbslosen Arbeiterschwestern auf dem Nachweis verhindern. Kein Wahlauschuss ohne Vertreter der Erwerbslosen!

Es ist die direkte Aufgabe der Wahlauschüsse, die Belegschaften für den Internationalen Tag des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit, den 6. März, zu mobilisieren.

Der 6. März, der Sturmtag gegen Erwerbslosigkeit, der Kampftag für den Siebenstundentag, wird zugleich zum Auftakt des deutschen Proletariats für die Schaffung einer revolutionären Führung der Wirtschaftskämpfe, für rote Betriebsräte!

Lorenz wählt rot

Gestern tagte die Betriebsversammlung von C. Lorenz, Tempelhof, die gut besucht war. Die Betriebsversammlung nahm Stellung zur Betriebsratswahl.

Es wurde eine rote Liste der Gewerkschaftsopposition vorgebracht, die auch einstimmig gewählt wurde.

Die Kandidaten wurden für ein Kampfprogramm, welches auf einer vorherigen Betriebsversammlung beschlossen war, verpflichtet.

Kampf gegen den Sozialfaschismus!

Die kommunistische Stadtvertretung nahm in ihrer Sitzung vom 27. Februar zu den nachfolgenden Beschlüssen der Bezirksleitung Stellung und stimmten ihnen einstimmig zu:

Der Oberpräsident hat auf Veranlassung des sozialfaschistischen Innernministers Greifnitz die gewählten kommunistischen Stadträte Horst Förschlich und Fritz Lange nicht bestätigt. Diese Maßnahmen, die völlig übereinstimmen mit den Forderungen der Faschisten, kennzeichnen die führende Rolle der SPD bei der Faschisierung der kapitalistischen Staatsgewalt.

Gleichzeitig wurden den gewählten kommunistischen Stadträten Reverso vorgelegt, wonach sie sich für den Fall der Bestätigung zum unbesoldeten Stadtrat zu einer „pflichtgemäßen Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabdingig von Parteiinstruktionen“ verpflichten sollen. Durch diese Reverso soll den Kommunisten verboten werden, für die Interessen der Arbeiter und gegen den Sozialfaschismus zu kämpfen. Kommunisten lassen sich durch papierne Reverso nicht am Kampf für die Interessen des Proletariats hindern.

Die übereinstimmenden Forderungen der sozialfaschistischen und bürgerlichen Presse über Differenzen der KPD und einiger Kommunalpolitiker beweisen lediglich, dass die Klassen-

feinde alles tun, um Funktionäre politisch und materiell zu korrumpern und in Widerstand zur Politik unserer Partei zu bringen. Es ist selbstverständlich, dass jedes Mitglied der KPD überall seine Pflicht als Kommunist zu erfüllen hat. Wer die Politik der Partei nicht durchführt und den Sozialfaschismus irgendwie begünstigt oder unterstüzt, stellt sich selbst außerhalb der Reihen der KPD.

Auschlüsse aus der KPD.

Der besetzte Stadtrat Lucke und die städtische Fürsorgerin Frieda Rosenthal werden wegen parteiindirekter Maßnahmen aus der KPD ausgeschlossen. Die Betroffenen haben gegen die Politik der Partei agitiert und gemeinsam mit aus der Partei ausgeschlossenen Elementen eine Erklärung gegen die KPD zur Veröffentlichung in der feindlichen Presse vorbereitet. Ihre Handlungswelt beweist, dass sie den Korruptionsmaßnahmen des Sozialfaschismus unterlegen sind. Sie unterstützen mit diesem Wechsel zum Klassefeind bewusst alle Maßnahmen der sozialfaschistischen Front gegen die KPD. KPD. Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

Generalangriff der Einwucherer

Der Wohnungsauschuss des Reichstags beschäftigte sich Donnerstag mit den Vorlagen der Reichsregierung zur Verlängerung des Reichsmietens und des Mieterschutzgesetzes bis zum 30. Juni 1932 und den von den Parteien gestellten Anträgen. Nach langer Gehäusseordnungsdebatte wurde auf Antrag des Zentrums die Verlängerung nur bis zum 30. Juni 1931 beschlossen.

Damit ist die Gesicht der Ver schlechterung des Mieterschutzes in nächste Nähe gerückt. Der Wohnungsauschuss will sich Mitte März bereits mit den Ver schlechterungsvorlagen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei beschäftigen, denen die Kommunisten eine Reihe Anträge zur Verbesserung des Mieterschutzes für die werktäglichen Massen entgegenstellen. Die proletarische Mieterschaft muss also den Kampf für Verhinderung des Abbau des Mieterschutzes verstärkt fortführen.

Mobilmachung zum 6. März in Neuölln

Praktische Zusammenarbeit zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern

Gestern nachmittag nach Betriebschluß führten die Erwerbslosen von Neuölln und Treptow eine wirkungsvolle Kundgebung ihrer Solidarität mit den Betriebsarbeiten vor der Agfa, einem wichtigen Betrieb der Farben-AG in Treptow, durch. Etwa hundert Erwerbslose, darunter zahl-

reiche Mitglieder der Antifaschistischen Jungen Garde, hatten sich vor dem Fabriktor versammelt. Ein Kollege sprach zweimal zu den Betriebsarbeiten. Dann formierte sich spontan ein Demonstrationzug, dem sich auch Betriebsarbeiter anschlossen. Mit revolutionären Gedanken zogen die Erwerbslosen die Lohmühlenstraße entlang, über die Lohmühlenbrücke nach Neuölln, am Köllnischen Ufer entlang bis zur Wildenbrücke, und am Weißselplatz wurde die Demonstration mit einem dreifachen kräftigen „Rot Front!“ aufgelöst. Die Polizei hatte das Nachsehen; sie rächte sich dafür, indem sie noch lange Zeit später durch die verlehrten Straßen Neuöllns raste.

Abrechnung mit Brokat Heute weitere BVG-Betriebsversammlungen

In der gestrigen außerordentlich stark besuchten Versammlung der Betriebsarbeiter gab der Betriebsratsvorsitzende Greizer einen eindrucksvollen Bericht über das Zusammensetzen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Großeleitung, bei der in der BVG durchgeföhrten Massenversammlungen. Arbeiter aus den Betrieben ergänzten diesen Bericht. Ungleiche Empörung herrschte, als festgestellt wurde, dass nur oppositionelle Arbeiter durch diese Maßnahmen gewahrgeregt wurden. Stürmischen Widerspruch fanden die Ausführungen des Betriebsvorsitzenden Brokat, der ebenso wie ein nach ihm redender Sozialfaschist unter dem Hohlgelächter der anwesenden Arbeiter abgetreten war.

Wir werden ausführlich auf diese Versammlung zurückkommen.